

Härtel, Hans-Hagen

Article — Digitized Version

Wachstumsoption nicht gefährden

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Härtel, Hans-Hagen (1983) : Wachstumsoption nicht gefährden, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 63, Iss. 2, pp. 60-

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/135763>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.



Hans-Hagen Härtel

Wachstumsoption nicht gefährden

Von Januar 1980 bis Januar 1983 ist die Zahl der Arbeitslosen von 1 auf 2,5 Mill. gestiegen. Während dieser drei Jahre ist zunehmend der Glaube geschwunden, daß wir noch die Wachstumsoption haben, d. h. die Chance, die Arbeitslosigkeit durch die Schaffung von neuen produktiven Arbeitsplätzen zu beseitigen. Zwar lebt die Bevölkerung überwiegend noch keineswegs im Überfluß, sondern es gäbe im Gegenteil noch reichlich zu tun, um die Wohlfahrt der Bürger – oder neuerdings: die Qualität des Lebens – weiter zu verbessern, ganz zu schweigen von der Bekämpfung der Armut und des Hungers in der Dritten Welt. Niemand sieht jedoch, wie man es bewerkstelligen kann, daß die dafür nötige Arbeit auch getan wird. Selbst im Jahreswirtschaftsbericht der Bundesregierung ist erstmals die Rede davon, daß man zur Bekämpfung der Beschäftigungsprobleme zwar in der Hauptsache die Rahmenbedingungen für diejenigen, die produktive Arbeits-

plätze erhalten und schaffen, verbessern müsse, daß aber auch an die Verkürzung der Lebensarbeitszeit zu denken sei.

Als Ökonom hat man jedoch daran zu erinnern, daß eine forcierte Verkürzung der Arbeitszeit riskant ist, weil möglicherweise an vielen Ecken der Volkswirtschaft personelle Engpässe entstehen, die nicht oder nicht rasch genug durch die Einstellung von Arbeitslosen beseitigt werden können, so daß Nachfrage und Produktion zurückgehen. Es käme dann nicht zur Verteilung der vorhandenen Arbeit auf mehr Köpfe, sondern zu einer weiteren Verknappung der Arbeit. Darüber hinaus würde durch Arbeitszeitverkürzung die Tendenz gefördert, daß immer mehr Arbeit nicht mehr in der offiziellen, sondern in der Schattenwirtschaft getan wird.

Natürlich ist es nicht nur ein politisches, sondern auch ein ökonomisches Ärgernis, daß Millionen Arbeitskräfte so lange untätig bleiben, bis ihnen eine stärkere wirtschaftliche Dynamik wieder Arbeitsmöglichkeiten bietet. Daher ist es durchaus sinnvoll, den Arbeitsmarkt durch beschäftigungspolitische Maßnahmen zu entlasten. Solche Maßnahmen sollten jedoch reversibel sein, und sie sollten vor allem die wachstumspolitische Option nicht gefährden. Es wäre z. B. zu erwägen, daß einige Entscheidungen korrigiert werden, mit denen in den vergangenen Jahren bei der Bundesanstalt für Arbeit an der falschen Stelle gespart wurde.

Bevor man beispielsweise durch Tarifvertrag oder durch Gesetz immer mehr ältere Arbeitnehmer immer frühzeitiger zum Ausscheiden veranlaßt, sollte man den Unternehmen wieder die Möglichkeit geben, auf Kosten der Arbeitslosenversicherung 59jährige Arbeitnehmer zu „entlassen“, damit diese nach einjähriger Arbeitslosigkeit vorzeitig Altersrente beziehen können. Positiv zu bewerten ist, daß die Arbeitsmi-

nister des Bundes und der Länder übereingekommen sind, die finanziellen Mittel für Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen, die zuvor stark eingeschränkt worden waren, wieder aufzustocken. Mit Hilfe dieser Lohnsubventionen können vorübergehend Arbeitslose auf Arbeitsplätzen vorwiegend im öffentlichen Bereich beschäftigt werden, die wegen der hohen Lohnkosten sonst nicht besetzt würden. Die Gesellschaft erhält auf diese Weise für die Zahlung des Arbeitslosengeldes gleichsam eine Gegenleistung, und für die Arbeitslosen wird die Gefahr vermindert, daß ihre Arbeitsfähigkeit infolge der langen Arbeitslosigkeit leidet.

Natürlich hat auch dieses Instrument seine Probleme. Es ist nicht auszuschließen, daß Landesregierungen oder Kommunen damit Tätigkeiten finanzieren, für die sie sonst eigene Mittel einsetzen würden. Solche Mitnahmeeffekte sind niemals auszuschließen, können aber in Kauf genommen werden. Bedenklich wäre es allerdings, wenn die Politiker und Tarifvertragsparteien die Verminderung der Arbeitslosigkeit, die mit derartigen Maßnahmen erreicht wird, als Beitrag zu einer dauerhaften Lösung der Beschäftigungsprobleme ansehen würden. Im Grunde genommen wird ja nur offene Arbeitslosigkeit in versteckte oder in Tätigkeiten umgewandelt, für die weder öffentliche noch private Stellen die vollen Kosten zu zahlen bereit sind. Das gleiche gilt, wenn im Zuge von Ausbildungs-offensiven Jugendliche für einen Beruf ausgebildet werden, den sie später vielleicht nicht ausüben werden. Sofern solche Maßnahmen die Lösung der grundlegenden Probleme – zu geringe Flexibilität und Mobilität auf dem Arbeitsmarkt, ein Lohnniveau und eine Lohnstruktur, die nicht marktgerecht sind – nicht behindern, kann man sie aber als Krücken rechtfertigen, mit denen die Gesellschaft eine Notsituation überbrückt.